

## Dokumentation

# Jamaika-Koalitionsvertrag für das Saarland 2009 – 2014 (2)

Am 10. November 2009 wurde der saarländische Ministerpräsident Peter Müller vom Landtag Saarbücken für fünf weitere Jahre wiedergewählt. Grundlage dafür ist der 93 Seiten starke Koalitionsvertrag für die 14. Legislaturperiode des Landtags des Saarlandes (2009 – 2014) zwischen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, der mit „Neue Wege für ein modernes Saarland – Den Fortschritt nachhaltig gestalten“ überschrieben ist.

Das VM dokumentierte in der letzten Ausgabe 12/09 – 1/10 den ersten Teil von Auszügen aus der Koalitionsvereinbarung, soweit sie für die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft von Belang sind. Im Folgenden wird die Dokumentation fortgesetzt.

## Energie und Klimaschutz

- Wir wollen Umwelt- und Klimaschutz umfassend in die Regelmechanismen der Marktwirtschaft integrieren, die Energieeffizienz erhöhen und die Energieversorgung langfristig auf regenerative Energieträger umstellen. Den Anteil der erneuerbaren Energien an der Strom- und Wärmeversorgung werden wir in den kommenden Jahren deutlich steigern. Bei unseren energie- und klimapolitischen Zielen orientieren wir uns zumindest an den Vorgaben des Bundes und der Europäischen Gemeinschaft.
- Wir werden innerhalb eines Jahres eine eigene landesrechtliche Regelung zur Nutzung von Erneuerbaren Energien im Wärmebereich schaffen, die über die Regelungen des Erneuerbare-Energien-WärmeGesetz (EEWärmeG) des Bundes hinausgeht und damit auch den Altbestand sowie den Gesamtbestand an öffentlichen Gebäude umfasst. Vorbild soll dabei das entsprechende Gesetz Baden-Württembergs sein, wobei soziale Aspekte zu berücksichtigen sind.
- Beim Neubau von öffentlichen Gebäuden wird der Passivhausstandard festgeschrieben, bei der Sanierung von landeseigenen Gebäuden dient der Passivhausstandard als Orientierung. Eine

Abweichung von dieser Norm muss im Einzelfall begründet werden (z. B. Unwirtschaftlichkeit). Um die vielfältigen Fördermöglichkeiten im Bereich der energetischen Gebäudesanierung und Nutzung Erneuerbarer Energien stärker als bisher im Saarland auszuschöpfen, werden die entsprechenden Beratungsangebote wie beispielsweise die Kampagne „Clever saniert“ ausgebaut.

- Klimaschutzbelange dürfen nicht mehr wie bisher hinter Denkmalschutzbelangen zurückstehen. Wir wollen das saarländische Denkmalschutzgesetz so ändern, dass ein Abwägungsangebot zwischen Belangen des Denkmal- und des Klimaschutzes besteht.
- Wir wollen die Fern- und Nahwärme als Beitrag zur umweltfreundlichen und ressourcenschonenden Energieversorgung zielgerichtet fortentwickeln. Auf Basis einer Studie des Instituts für Zukunfts-EnergieSysteme (IZES) sollen jetzt Möglichkeiten eines weiteren Ausbaus der bestehenden Fernwärmestrukturen und der Errichtung von Nahwärme-Inseln anhand von ausgewählten Fallbeispielen näher beleuchtet werden, um die



Auslastung von dezentralen Einheiten sicherzustellen. Parallel hierzu wird das Land die Erstellung bzw. Fortschreibung dezentraler, klimaschonender Energiekonzepte unterstützen. Diese Konzepte sollen auch die Nutzung oberflächennaher Geothermiepotenziale durch private Haushalte umfassen.

## Demographischer Wandel – Wohn- und Lebensformen

- Generationenübergreifende Beziehungen im Sinne praktizierter Solidarität und ein

konstruktiver Generationendialog sind grundlegende Voraussetzungen, um den demographischen Wandel und seine Auswirkungen nicht als Bedrohung, sondern als Chance zu erleben.

- Wir wollen moderne, generationenübergreifende Wohn- und Lebensformen sowie die Entstehung von Seniorenwohn- bzw. Lebensgemeinschaften fördern. Das Förderprogramm „Wohnen im Alter“ werden wir beibehalten und im Hinblick auf eine verstärkte Ausrichtung an Kriterien der sozialen Bedürftigkeit weiterentwickeln. Mehrgenerationenhäuser wollen wir zu echten generationsübergreifenden Wohnstätten weiterentwickeln.
- Lebensqualität für ältere Menschen in unserem Land erfordert Strukturen für eine bedarfsgerechte Nahversorgung mit Gütern des täglichen Lebens und gesundheitlicher Betreuung. Wir werden Mitbürger, die sich in dieser Hinsicht ehrenamtlich engagieren und entsprechende Angebote auf dörflicher oder Stadtteilebene schaffen wollen, unterstützen – besonders dort, wo sie in ihrer Altersgruppe Hilfe zur Selbsthilfe leisten können: in der Nachbarschaftshilfe, bei Besuchsdiensten und Einkaufsverbänden.
- Das Internet bietet älteren Menschen große Chancen, auch bei geringer Mobilität mit einem großen Kreis an Personen




in Kontakt zu treten und selbstständig Informationen einzuholen oder Erledigungen zu verrichten. Wir treten daher dafür ein, Initiativen zum Ausbau der Schulung der Medienkompetenz älterer Menschen, wie etwa den kostenlosen „Internet-Seniorentreff“ der Landesmedienanstalt, weiter auszubauen.

- Altern bedeutet leider auch die Erfahrung des Rückgangs an körperlicher und sozialer Leistungsfähigkeit, der Abhängigkeit von medizinischer, technischer und persönlicher Hilfe, des Risikos der

&gt;&gt;

Vereinsamung und Verarmung. Wir wollen, dass ältere Menschen nicht alleine gelassen werden, sondern auch im Krankheits- oder Pflegefall im häuslichen Umfeld verbleiben können.

- Nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ wollen wir pflegebedürftigen Menschen solange wie möglich eine Versorgung in den eigenen vier Wänden ermöglichen und dazu ambulante sowie präventive und kurzzeitige Pflegeangebote schaffen.
- Gleichzeitig wollen wir dafür sorgen, dass die, die der Pflege bedürfen, so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben zuhause führen können. Wir werden die Servicestelle „Leben und Arbeiten Saar“ unter diesem Gesichtspunkt in Kooperation mit der saarländischen Wirtschaft ausbauen. Wir werden die Ausbildung von Seniorenlotsen, die älteren Mitbürgern durch den Alltag helfen, fördern und die Angebote in der ambulanten Pflege und Betreuung weiter ausbauen.
- Wir wollen die Hilfs-, Beratungs- und Fortbildungsangebote für pflegende Angehörige ausbauen und die häusliche Pflege im niedrighwelligen Bereich fördern – insbesondere durch Einbindung ehrenamtlich tätiger Helferinnen und Helfer. Wir fördern Modellprojekte für Demenzzranke und ihre Angehörigen, die mit ressourcen- und lebensraumorientierten Ansätzen zur Entlastung von Angehörigen und zur Vermeidung von Heimaufenthalten beitragen.
- Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung sich in einem barrierefreien Wohn- und Lebensumfeld frei und selbstbestimmt entfalten können, dass sie ihr Leben in einem höchstmöglichen Maß selbst gestalten und nur dort Hilfe in Anspruch nehmen müssen, wo es ihre Situation nicht anders zulässt.
- Barrierefreiheit verstehen wir nicht nur im Blick auf Menschen mit Körperbehinderung, sondern in umfassendem Sinne. Der Landesregierung kommt im Hinblick auf barrierefreie Strukturen im privaten und öffentlichen Umfeld eine Vorbildfunktion zu; dies betrifft die Erweiterung des barrierefreien Bauens.
- Um eine bedarfsgerechte Versorgung mit Hilfeangeboten im Bereich des Wohnens, Arbeitens und der Tagesstrukturie-

rung zu gewährleisten, werden wir die Richtlinien und Anhaltswerte des Landesbehindertenplanes überprüfen und auf dieser Grundlage fortschreiben. Wir wollen jedoch den bereits eingeschlagenen Weg verstärkter Ambulantisierung konsequent fortsetzen. Dabei streben wir insbesondere an, den Anteil ambulanter Hilfen zum Wohnen für Menschen mit geistiger oder körperlicher Behinderung so zu steigern, dass das Saarland in diesem Bereich über dem Bundesschnitt liegt; die Landesregierung will bis zum Jahr 2012 das Kontingent an ambulanten Hilfen zum Wohnen für behinderte Menschen bedarfsgerecht erhöhen.

- Im Hinblick auf die stationäre Versorgung von Menschen mit geistiger oder körperlicher Behinderung muss geprüft werden, inwieweit Leistungsempfänger aus Wohnstätten in ambulante Hilfen übergeleitet werden können. Da hierfür etwa 10 bis 20 % der stationär betreuten Menschen in Frage kommen, ist es unser Ziel, bis zum Jahr 2012 den Anteil der ambulanten Hilfen zum Wohnen im Verhältnis zu den stationären Leistungen auf 25 % zu steigern.
- Prävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb ist der Weg fortzusetzen, dass Präventionsarbeit im Lande noch stärker vernetzt und koordiniert wird. Vor diesem Hintergrund ist das Landesinstitut für Präventives Handeln (LPH-Saar) zu stärken. Ein Teil des Gesamtkonzepts soll auch die Verstärkung der Kooperation von Justiz, Polizei, Sozial- und Jugendämtern, Kirchen, Schulen und den sonstigen freien Trägern bei der Kriminalprävention sein.

#### Finanzen

- Alle im Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben werden nach Maßgabe der Haushaltsmöglichkeiten konsequent in Angriff genommen und umgesetzt.
- Im Rahmen einer Aufgabenkritik (auch Gesetzgebung) sind alle Haushaltspositionen auf den Prüfstand zu stellen im Sinne einer Beschränkung auf die Kernaufgaben.

#### Präambel

- Im Mittelpunkt unseres Handelns steht für uns der Mensch. □

#### Kommentar

## Image-Kampagnen: Ja – aber nicht so!

**Nun steht sie also, die neue saarländische Landesregierung, die von CDU, FDP und den Grünen getragen wird. „Jamaika“ heißt das Zauberwort – erstmals auf Länderebene in der deutschen Geschichte.**



Man darf gespannt sein, ob und wie es gelingt, christdemokratische, liberale und ökologische Grundpositionen miteinander zu verbinden, und wie sich das in konkretem politischen Handeln widerspiegeln wird.

Bei aller verständlichen Enttäuschung von SPD und Linken darüber, dass sich die Grünen nicht für die sicher geglaubte rot-rot-grüne Koalition entschieden, sondern Peter Müller die dritte Wahlperiode als Ministerpräsident ermöglichen haben: Die demokratischen Gepflogenheiten verlangen von einer Opposition, einer neuen, von den Bürgerinnen und Bürgern per Wahlentscheid ermöglichten Regierung eine gewisse Schonfrist zu gewähren – und nicht das Szenario von einer jamaikanischen Bananenrepublik Saar bundesweit zu proklamieren.

Unabhängig davon, dass SPD und Linke für diese Behauptungen bislang jeden Nachweis schuldig geblieben sind, schaden sie damit dem Saarland und seiner Bevölkerung – betreiben sie doch eine Image-Kampagne, die wichtige Investoren aus dem Land treiben kann und neue Investoren davon abhält, sich im Saarland zu engagieren – auch in den Bereichen des Wohnens der Menschen und der Immobilienwirtschaft

*Burghard Schneider  
Verbandsdirektor des VdW Saar*